



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-12336 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 50.115/452-II/3/90

Wien, am 23. August 1990

An den
Präsidenten des Nationalrates

Rudolf PÖDER
Parlament
1017 W i e n

5807/AB

1990 -08- 2 8

zu 5973 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Moser und Dr. Partik-Pable haben am 9. Juli 1990 unter der Nummer 5973/IJ eine schriftliche Anfrage betreffend "Wiener Verkehrsamt" an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Kennen Sie die Kritikpunkte am Wiener Verkehrsamt?
2. Können Sie die Gründe für das Vorliegen dieser Mißstände angeben?
3. Werden Sie dafür Sorge tragen, daß so schnell wie möglich eine Änderung dieser Situation eintritt?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Ja, da diese Kritikpunkte Gegenstand zahlreicher, auch an mich herangetragener Beschwerden waren.

Zu Frage 2:

Die Ursachen, die zu den aufgezeigten Mißständen geführt haben, sind vielschichtig.

Es kann in der ersten Zeit nach Aufnahme des Betriebes einer so großen Dienststelle, wie es das Verkehrsamt der Bundespolizei-

- 2 -

direktion Wien darstellt, in einem neuen Amtsgebäude zu Anlaufschwierigkeiten kommen, zumal gerade in dieser Zeit bedeutende legistische und organisatorische Änderungen zu bewältigen waren. Ich verweise hier vor allem auf die mit der Zuweisung eines Wunschkennzeichens in Zusammenhang stehende Administration und auf den Umstieg auf ein On-Line-Updating der Zulassungsdatei.

Wie die Erfahrungen der ersten Zeit gezeigt haben, waren neben der Komplexität der zu vollziehenden Gesetzesmaterie die sich aus dem Stellenplan ergebende teilweise unzureichende personelle Besetzung, technische Ausrüstungsänderungen und fehlendes Raumangebot für den Zulassungsbereich hauptverantwortlich für die aufgetretenen Mißstände.

Die Situation, nämlich die schleppende Abwicklung im Zulassungsbereich, wurde durch eine Verschlechterung des Betriebsklimas wesentlich verschärft. Dies ist darauf zurückzuführen, daß ab April 1990 Erhebungen wegen des Verdachtes der Geschenkkannahme durch Beamte bzw. Bestechung durchgeführt wurden, die ein (noch nicht abgeschlossenes) Gerichtsverfahren gegen 18 Bedienstete des Verkehrsamtes Wien und 20 Beschäftigte von Versicherungen zur Folge hatten.

Zu Frage 3:

Auch ich bin selbstverständlich interessiert daran, einen möglichst reibungslosen Ablauf des Betriebes am Wiener Verkehrsamt sicherzustellen. Mit Herbst 1990 werden daher im Wiener Verkehrsamt zusätzlich 22 weitere Bildschirmarbeitsplätze für die Bearbeitung von Zulassungsanträgen zur Verfügung gestellt werden. Eine räumliche Ausweitung des Zulassungsbereiches in den 3. Stock des Bundesamtsgebäudes Liechtenwerder Platz erfolgte bereits mit Ende Juni 1990.

- 3 -

Seit Mitte Juli 1990 ist mit dem Amt der Niederösterreichischen Landesregierung ein Datenträgeraustausch vereinbart. Für den Austausch von Daten aus den jeweiligen Zulassungsdateien ist somit weit weniger manipulativer Aufwand erforderlich, wodurch beim Wiener Verkehrsamt in diesem Bereich eine wesentliche Arbeitserleichterung eintreten wird.

Ich habe auch Vorschläge zwecks Vereinheitlichung bzw. einer Pauschalierung der bei An- bzw. Abmeldung zu leistenden Gebühren und Verwaltungsabgaben an das Bundeskanzleramt und an das Bundesministerium für Finanzen herangetragen.

Auf meine Initiative hin wurde dem Versicherungsverband die Anregung unterbreitet, das Zulassungsverfahren zumindest teilweise durch die Versicherungen abwickeln zu lassen. Diese Gespräche sind noch im Gange.

Des weiteren werde ich mich bemühen, im Stellenplan 1991 eine nötige Planstellenvermehrung für Zwecke des Wiener Verkehrsamtes zu erreichen.

Frangl